

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 3 • 69. JG, SEPTEMBER 2016

SPÖ OÖ-Info-Nr. 3/2016 • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • Erscheinungsort Linz • SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Das Chamäleon Rechtspopulismus

Seite 10

Braune Spuren in Internet-Medien

Seite 13



Gefahr von rechts?

Mehr Wert
durch Oberösterreich.

SICHER UND STABIL WIE UNSER LAND.



Anita Behr
Kundenberaterin

Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt: Nicht anonyme Finanzabwicklungen führen langfristig zum Erfolg, sondern persönliche Betreuung und Nähe zu den Kundinnen und Kunden. Die HYPO Oberösterreich ist eine unabhängige Regionalbank, mit dem Land Oberösterreich als Mehrheits-eigentümer. Das gibt Ihnen die Sicherheit und Stabilität, auf die Sie sich verlassen können.

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at

Wir schaffen mehr Wert.

DEM GRÜNSCHNITT GEWACHSEN?

Grünschnitt kann einem schnell über den Kopf wachsen. Dabei ist er doch ganz einfach loszuwerden: Bestellen Sie Ihren mobilen Container auf containerdienst24.at

UND ENTSORGEN SIE ÄSTE, WURZELN,
STRÄUCHER & CO **GANZ OHNE SORGEN!**

INFO-HOTLINE

050 / 283-0

**CONTAINER
DIENST24.at**

WEG MIT DEM DRECK!

Mobilisieren für Van der Bellen

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Am 2. Oktober muss der zweite Durchgang der Bundespräsidentenwahl wiederholt werden. Der Verfassungsgerichtshof hat das entschieden, nicht weil Unregelmäßigkeiten beim Wahlergebnis festgestellt wurden, sondern weil Manipulationen möglich gewesen wären. Wieder gilt es zu mobilisieren, damit ein freiheitliches Staatsoberhaupt durch eine Mehrheit der Wähler und Wählerinnen verhindert wird!

Lange Jahre schien es so, als ob zwar eine wachsende Minderheit die Freiheitlichen wählen würden – aber eben eine Minderheit. Bei der anstehenden Bundespräsidentenwahl könnte erstmals ein FPÖ-Kandidat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen.

Die Freiheitliche Partei unter Jörg Haider hat bereits in den 1990er Jahren große Stimmenanteile gewinnen können, damals schien es sich um ein österreichisches

Phänomen zu handeln, heute müssen wir Wahlsiege von „rechtspopulistischen“ Parteien und Bewegungen in fast allen Teilen Europas verzeichnen. Auch in den USA gibt es mit Donald Trump einen aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten aus dieser politischen Ecke.

In dieser Ausgabe des „Bildungskurier“ beschäftigen wir uns daher – nicht zum ersten Mal – mit dem Politikverständnis, den Zielen und Werten der Rechtspopulisten in Europa. Um politische Gegner schlagen zu können muss man und frau deren Erfolg verstehen, daher ist es wichtig, sich umfassend mit ihnen auseinanderzusetzen.

Am 2. Oktober heißt es daher wieder Alexander Van der Bellen wählen.

Und vorher müssen wir für ihn Wähler und Wählerinnen mobilisieren. Van der Bellen ist natürlich kein Sozialdemokrat, aber er steht für ein europäisches und sozialstaatliches Österreich!

„Um politische Gegner schlagen zu können muss man und frau sich mit ihnen auseinandersetzen.“

Inhalt

- 4 Interview:** Wie sie die SPÖ in Oberösterreich stärken möchte, beschreibt die neue Vorsitzende Birgit Gerstorfer im Gespräch mit dem Bildungskurier.

- 6 Europa:** Wer wählt die Rechtspopulisten? Dieser Frage geht Bernd Dobsberger nach.

- 8** Thomas Wagner erklärt, warum die Rechten für mehr direkte Demokratie plädieren.

- 10** Für ein „Dafür-Wir“ als Gegenpol zum rechtspopulistischen „Dagegen-Wir“ tritt Michael Rosecker ein.

- 11** Christian Makor skizziert den Sozialabbau der blau-schwarzen Regierung in Oberösterreich.

- 12** Als die „netten Rechtsextremen von nebenan“ durchleuchten Natascha Strobl und Julian Bruns die Bewegung der Identitären.

- 13** Zur Strategie der Rechten in den sozialen Medien meldet sich Christian Gruber mit einem Seminarangebot zu Wort.



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
 Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut-ooe.spoe.at
Redaktion: Bernd Dobsberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Michael Lindner, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser
Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch • **Hersteller:** Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.
 Nr. 03/16, September, SPÖ OO-Info-Nr. 3/2016, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OO, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



klimaneutral gedruckt
 CP IKS-Nr.: 53401-1603-1037

„Menschen neu begeistern ist mein erklärtes Ziel“

Nicht Rückzugsgefechte, sondern eine klare Vorwärtsstrategie brauche die SPÖ Oberösterreich – so umreißt die neue SPÖ-Vorsitzende Birgit Gerstorfer im Interview mit dem Bildungskurier ihre neue Aufgabe.

Bildungskurier: Du bist jetzt rund drei Monate Landespartei-Vorsitzende und etwas kürzer Landesrätin, wie geht es dir mit den neuen Aufgaben?

Birgit Gerstorfer: Wir haben einen guten Start hingelegt und ich freue mich sehr, dass ich mit Bettina Stadlbauer als designierte Landesgeschäftsführerin sehr rasch eine erste ganz wichtige innerparteiliche Weichenstellung vornehmen konnte. Die Führung der SPÖ Oberösterreich und meine hohe Verantwortung als Landesrätin sind für mich Aufgaben, denen ich mich mit enormer Kraft und Energie zu widmen habe. Und dennoch freue mich jeden Morgen sehr auf den vor mir liegenden Tag. Ich will mir diese positive Einstellung und die Freude an der Arbeit beibehalten und nehme eine großartige Aufbruchsstimmung wahr.

Bildungskurier: Die oberösterreichischen Sozialdemokraten haben bei den Landtagswahlen vor einem Jahr nur noch einen Stimmenanteil von etwa 18 Prozent erreicht, wie würdest du die Situation der SPÖ in unserem Bundesland heute beschreiben?

Birgit Gerstorfer: Ich halte viel von einer genauen Analyse des Ist-Zustandes. Diese Analysearbeit ist meine Aufgabe im Sommer 2016. Ab Herbst wird es darum gehen, die Aufgaben und Ziele, die aus dieser Analyse entstehen, konsequent abzuarbeiten. Unser Fokus muss auf der Zukunft liegen – da haben wir alle Chancen. Ich habe mich am Tag nach der Bundespräsidentenwahl dafür entschieden, die Herausforderung als SPÖ-Vorsitzende in Oberösterreich anzunehmen. An diesem Tag wurde klar, dass sich mehr als die Hälfte der OberösterreicherInnen für Alexander Van der Bellen entschieden haben.

xander Van der Bellen entschieden haben. Darunter befinden sich viele „verschüttete rote Herzen“. Diese Menschen neu für unsere Bewegung zu begeistern – das ist mein erklärtes Ziel.

Bildungskurier: Was sind deiner Meinung nach notwendige Schritte, um die politische Schlagkraft der oberösterreichischen Partei zu erhöhen?

Birgit Gerstorfer: Unser Motto beim Landesparteitag lautete „EINS werden“. Das gilt nach innen und nach außen. Es wird nicht ausreichen, bloß die Schaufenster zu behübschen. Wir müssen Fenster und Türen aufreißen und frischen Wind hereinlassen. An einer organisatorischen Weiterentwicklung der Parteiarbeit führt kein Weg vorbei. Die Sozialdemokratie muss auch wieder anschlussfähiger für die Gesellschaft werden. Es gilt Ideen und Positionen gemeinsam mit interessierten BürgerInnen zu erarbeiten und in der Umsetzung konsequent zu sein. Kanzler Kern hat recht, wenn er sagt, die Menschen würden nicht für Kompromisse, sondern für Visionen und Ideen brennen. Letztendlich lässt sich „EINS werden“ auch im Sinne von „Erster werden“ als klare Ansage in Richtung der anstehenden Wahlen interpretieren. Mein Ziel ist es, bei der Nationalratswahl in Oberösterreich deutlich zuzulegen.

Bildungskurier: In der Landespolitik von Oberösterreich gibt es seit einem Jahr faktisch eine Koalition von ÖVP und FPÖ, wie wird die Rolle der SPÖ in dieser Konstellation unter deiner Führung aussehen?

Birgit Gerstorfer: Wir müssen davon wegkommen nur zu erklären, warum

IM INTERVIEW



Birgit Gerstorfer:

War Landesgeschäftsführerin des AMS Oberösterreich. Am 6. Juni 2016 wurde sie vom Landespartei-Vorstand zur Vorsitzenden der SPÖ Oberösterreich gewählt. Beim außerordentlichen Landesparteitag der SPÖ Oberösterreich am 18. Juni 2016 wurde dies mit 95,8 Prozent der Stimmen bestätigt. Seit 7. Juni 2016 ist sie auch Soziallandesrätin in Oberösterreich.

man andere Parteien nicht wählen soll und klar formulieren, warum die SPÖ die bessere Wahl ist. Wir dürfen nicht bloß Rückzugsgefechte führen, um das Erreichte abzusichern. Wir müssen unsere Diskursfähigkeit stärken. Wir stehen vor großen gesellschaftlichen Umbrüchen. Der Arbeitsmarkt ist im raschen Wandel, Stichwort Industrie 4.0. Die Globalisierung trifft uns mit ganzer Härte. Für viele Menschen sind die Entwicklungen beunruhigend. Und wie sollte es auch anders sein, wenn eine Krise die andere jagt? Es ist wichtig, diesem wachsenden Pessimis-

mus ein klares Gegenkonzept des Mutes und des Optimismus gegenüberzustellen. Meine Rolle ist es, diese großen Themen auf den Alltag der OberösterreicherInnen herunter zu brechen und damit unsere Visionen für ein besseres Oberösterreich greifbarer zu machen.

„Wir müssen klar formulieren, warum die SPÖ die bessere Wahl ist.“

Bildungskurier: Landeshauptmann Pühringer hat angekündigt, 2018 ein ausgeglichenes Landesbudget erreichen zu wollen. Wie wird sich das auf den Sozialbereich auswirken und wie wird sich die Sozialdemokratie dazu insgesamt verhalten?

Birgit Gerstorfer: Für das Sozial-Ressort konnte ich über die gesamte Legislaturpe-

riode eine jährliche Steigerung des Budgets um fünf Prozent aushandeln. Das ist im Vergleich zu anderen Ressorts ein gutes Ergebnis. Es ermöglicht mir, den Leistungsbestand des Chancengleichheitsgesetzes, der Altenbetreuung und -pflege, sowie der Kinder- und Jugendhilfe abzusichern. Dennoch steht gerade das Sozial-Ressort vor großen Herausforderungen. Bis zum Jahr 2040 wird sich die Anzahl der betreuungs- und pflegebedürftigen MitbürgerInnen um fast 60 Prozent auf 125.000 Menschen erhöhen. Gleichzeitig fordert die hohe Arbeitslosigkeit in Oberösterreich die sozialen Sicherungsnetze in ganz besonderem Ausmaß. Das alles bringt Herausforderungen, die ohne ein engmaschiges Netz sozialstaatlicher Aktivitäten nicht zu bewältigen sind. Und gleichzeitig habe ich natürlich mit der Situation umzugehen, dass ich mit meinen Budgetmitteln das Auslangen finden muss. Ich bin der Überzeugung, dass beide Ansprüche durch eine ständige Verbesserung unserer Angebote und Leistungen zu vereinbaren sind. Diesen Weg werde ich unter breiter Einbindung von ExpertInnen gehen. Das Ziel eines ausgeglichenen Lan-

deshaushaltes findet grundsätzlich meine Zustimmung. Aber es muss klar sein, dass sparen alleine uns diesem Ziel nicht näherbringt. Wir müssen kluge Investitionsschwerpunkte setzen, um die Krise am Arbeitsmarkt und in der Realwirtschaft zu überwinden und wieder stärkeres Wachstum zu erreichen. Dazu braucht es eine klare Agenda: Arbeit und Wirtschaft, Bildung und Forschung, sowie Wohnbau.

Bildungskurier: Zum Abschluss: Was war bisher dein positivstes Erlebnis in den neuen Funktionen?

Birgit Gerstorfer: Ich habe mich sehr über die ganz große Zustimmung und den starken Zuspruch gefreut, die ich am Landesparteitag und in den darauffolgenden Tagen und Wochen erfahren durfte. Obwohl Politik immer eine große Rolle in meinem Leben gespielt hat, weiß ich, dass ich für manche als Quereinsteigerin gegolten habe. Umso positiver ist es, dass ein spürbarer Ruck durch unsere Partei geht und alle mit größtem persönlichen Einsatz daran arbeiten, dass wir sehr rasch zu neuer Stärke in Oberösterreich kommen.



Menschen wieder für die Sozialdemokratie und eine gerechte Gesellschaft zu begeistern, ist das Ziel von Birgit Gerstorfer.

Rechtspopulismus trifft immer die Schwächeren

In großen Teilen Europas feiern radikal rechte Parteien große Wahlsiege. Das traditionelle Parteiengefüge der europäischen Demokratien ist offensichtlich in Auflösung und Nutznießer sind die Rechtspopulisten.

BERND DOBESBERGER

In Österreich begann die Freiheitliche Partei ihren Aufstieg bereits in den 1980er Jahren. Jörg Haider trieb Volkspartei und Sozialdemokratie vor sich her. Deren Funktionäre und Funktionärinnen hofften, dass dies ein kurzlebiges Phänomen sein würde. Diese Hoffnung erwies sich im Laufe der Jahre als Illusion. Selbst als die Freiheitlichen als Regierungspartei massiv an Zustimmung verloren hatten, sich zerstritten und spalteten, war das nicht ihr politisches Ende. Unter Heinz-Christian Strache wurde und wird wieder Wahlsieg um Wahlsieg verbucht.

Wer wählt die Rechtspopulisten?

Sicherlich gibt es nationale Besonderheiten bei den Motiven der Wähler und Wählerinnen dieser Parteien in unterschiedlichen Ländern. Die Motive der FPÖ-Anhänger sind nicht völlig deckungsgleich mit denen der AfD-WählerInnen in Deutschland oder jener Männer und Frauen, die in Frankreich für die Front National stimmen. Trotzdem lassen sich gemeinsame Stimmungen unter diesen Wählern und Wählerinnen ausmachen.

„Menschen, die sich Sorgen machen und die sich ängstigen, wählen FPÖ.“

Die Nachwahlanalyse in Oberösterreich im vergangenen Herbst macht deutlich, dass insbesondere jene Menschen die Freiheitlichen wählten, die sich Sorgen machen und die sich ängstigen.

Die Institute SORA und ISA erstellten eine Analyse der Landtagswahlen. Dabei wurde unter anderem die Frage an Wähler und Wählerinnen gestellt, welches Gefühl sie dazu haben, wie in Zukunft die Sicherung der Lebensqualität gewährleistet bleiben wird. 19 Prozent jener, die ÖVP wählten, machen sich in diesem Zusammenhang Sorgen. Bei den Grünen waren dies 20 Prozent und bei den SPÖ-WählerInnen 23 Prozent. Bei jenen, die für die Freiheitlichen stimmten waren dies aber 65 Prozent!

Die bewusst wahrgenommenen oder unbewusst empfundenen Bedrohungen reichen von Einschränkungen des gewohnten Lebensstandards durch Reallohnverluste über Ängste vor Arbeitsplatzverlust bis zum Sinken der Lebensqualität in ländlichen Regionen. Leute, die sich durch derartige Entwicklungen von den etablierten Parteien im Stich gelassen fühlen, wählen überdurchschnittlich oft rechtspopulistisch. Und da wiederum weniger jene, die zu den tatsächlichen Unterschichten gehören – die gehen nämlich oftmals gar nicht mehr zur Stimmabgabe. Rechtspopulisten werden insbesondere von der sogenannten unteren Mittelschicht gewählt.

Gegen wen wenden sich Rechtspopulisten?

Einerseits geht es gegen „die da oben“! Und das sind dann die politischen Machthaber in der Regierung und der Europäischen Kommission. Manchmal stimmt man auch gegen Konzernlenker und Bankchefs. Insgesamt geht es gegen Eliten und das Establishment und daher war es kein Zufall, dass Norbert Hofer vor dem (aufgehobenen) zweiten Bundespräsidentenwahlgang im heu-

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



rigen Frühjahr meinte, dass Alexander van der Bellen der Hautevolee-Kandidat sei. Die Kritik an „denen da oben“ ist kein Spezifikum der Rechtspopulisten. Derartiges wird auch von der Linken formuliert, aber bei den Rechten kommt es immer in Kombination mit scharfen Angriffen gegen Gruppen daher, die ganz

„Die ‚da oben‘ werden angeklafft, die ‚da unten‘ werden wirklich gebissen.“

am Rande der Gesellschaft stehen. Da geht es gegen Menschen auf der Flucht, gegen Arbeitslose und Migranten, gegen Obdachlose usw. Gegen „die ganz unten“ wird dann auch offensiv Politik gemacht, zum Beispiel durch die Forderung nach Kürzungen bei der Mindestsicherung. Gegen „die oben“ gibt es verbale Kritik, gegen „die unten“ dann konkrete Politik! Plakativ lässt es sich so formulieren: Die „da oben“ werden angeklafft, die „da unten“ werden wirklich gebissen. Damit ist aber auch deutlich, dass die aussagekräftige und wichtige Beschreibung für diese politischen Strömung „rechts“

ist und nicht der zweite Bezeichnungsbestandteil „populistisch“. Auch der traditionelle Rechtsextremismus operierte damit, dass Mächtige kritisiert wurden, aber wirklich angegriffen wurden Minderheiten, Andersdenkende oder Deklassierte. Sündenböcke und Feindbilder des klassischen Rechtsextremismus waren und sind insbesondere Juden, bei den Rechtspopulisten sind das heute Muslime.

So ticken die Freiheitlichen

Über die Positionen von Manfred Haimbuchner, FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich, schrieb das Nachrichtenmagazin profil im Februar 2016 Folgendes: „Studiengebühren, neue Ambulanzgebühr im Spital, Selbstbehalte, höheres Frauenpensionsalter oder die Koppelung des Pensionsantrittsalters an die steigende Lebenserwartung über den sogenannten ‚Pensions-Automaten‘, all das ist für den blauen Hoffnungsträger, Manfred Haimbuchner, selbstverständlich mit blauen Grundwerten vereinbar.“ Die Freiheitlichen,

aber das gilt allgemein für die rechtspopulistischen Parteien quer durch Europa, sind wirtschaftspolitisch eng dem neoliberalen Mainstream verbunden. Und es ist daher kein Zufall, dass große Teile der Industriellenvereinigung offensiv für schwarzblaue Regierungsbündnisse eintreten. Es ist auch kein Versehen, dass die FPÖ zum Beispiel immer wieder Barbara Kolm, die Präsidentin des marktradikalen Friedrich-August-von-Hayek-Instituts als Expertin einsetzt.

Daher ist es insgesamt nur logisch, dass mit den Freiheitlichen sozialdemokratische Vorhaben wie eine Vermögensbesteuerung oder eine Wertschöpfungsabgabe nicht umsetzbar sind. Die Freiheitlichen treten zwar stets als „Verteidiger des Sozialstaates“ auf, allerdings mit der Einschränkung, dass der nur für „unsere Leute“ da sein soll, also nur für Inländer Unterstützungen und Absicherungen bieten soll. Wo die Freiheitlichen Missbrauch oder Ausnutzen von sozialstaatlichen Leistungen behaupten oder vermuten, soll es Einschränkungen geben. Und wie die oben angeführten Aus-

führungen von Manfred Haimbuchner zeigen, soll damit der Sozialstaat drastisch reduziert werden.

Was tun?

Im Linzer Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlkampf 2015 plakatierten die Freiheitlichen „So kann’s nicht weitergehen“. Ein nicht kleiner und vor allem wachsender Teil der Bevölkerung empfindet das auch so. Nicht einfach aus Bösartigkeit oder Borniertheit – immer mehr Menschen fürchten um ihren Lebensstandard, um ihr ökonomisches und soziales Auskommen. Und sie meinen, dass die traditionellen Parteien sie weder schützen, noch unterstützen, daher wenden sie sich den Rechtspopulisten zu.

Die passende politische Antwort muss sein, dass die sozialen und ökonomischen Interessen jener, die meinen, dass es so nicht weitergehen kann (und damit Recht haben) vertreten werden. Damit müssen diese Leute wieder den Eindruck bekommen, dass ihre Ängste ernst genommen werden und sie wieder Hoffnungen entwickeln können!



Freiheitliche Wähler sind in hohem Maße besorgt um ihren Lebensstandard und fühlen sich im Regen stehen gelassen. Ihre Politiker kritisieren zwar „nach oben“, setzen aber massiv auf Einschränkungen „unten“.

Warum die Rechten für mehr direkte Demokratie plädieren

Linke wollen mehr, Rechte weniger Demokratie.
Eine einfache und plausible Formel. Aber stimmt sie auch?

THOMAS WAGNER

Es war kein geringerer als Jörg Haider, der schon im Jahr 1997 mit einem Slogan überraschte, der dem sozialdemokratischen deutschen Bundeskanzler Willy Brandt entlehnt war: „Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir wollen, dass das Volk sein eigenes Schicksal in die Hand nimmt“, schrieb der damalige FPÖ-Vorsitzende in seinem programmatischen Buch „Befreite Zukunft jenseits von links und rechts“.

Aber nicht nur die Blauen haben sich die ursprünglich linke Forderung nach umfassender Bürgerbeteiligung auf die eigenen Fahnen geschrieben. Diese Forderungen gehören seit langem zum Standardrepertoire des radikalen rechten Lagers in Europa. Von den deutschen Republikanern, der NPD bis hin zu PE-GIDA und der AfD.

Es geht um gleiche Teilhabe

Unter Demokratie ist – in Übereinstimmung mit dem deutschen Staatsrechtler Andreas Fisahn – eine gesellschaftliche Organisationsform zu verstehen, die ausgerichtet ist an der Idee einer Überwindung von Herrschaft. Diese Perspektive impliziert ihren sozialen Inhalt.

„Das Rezept lautet:
Schwächt die Parteien und
die Kapitaleigner werden
strukturell gestärkt.“

Es geht um gleiche Teilhabe nicht nur an den im engeren Sinne politischen Institutionen, sondern darüber hinaus am gesellschaftlichen Reichtum, am Eigentum und an den wirtschaftlichen Entscheidungen. Damit Freiheit und gleiche Partizipation möglich werden, dürfen die

sozialen Lebensverhältnisse der Individuen nicht zu weit auseinanderliegen. Die existierenden Rechts- und Eigentumsverhältnisse sind daran zu messen, inwieweit sie die Voraussetzungen dafür zu schaffen in der Lage sind.

Umdeutung des Begriffs Demokratie

Nun zur radikalen Rechten. Es war Alain de Benoist, der theoretische Kopf der Nouvelle Droite, der bereits in den 1990er Jahren forderte, „auf sämtlichen Ebenen eine echte mitbestimmende Demokratie auf die Beine zu stellen, nach dem Motto: ‚Was alle berührt, muss die Angelegenheit von allen sein‘“. Die Identitären in Österreich schließen daran nahtlos an, „Benoist erkennt, dass nicht die Demokratie das Problem ist, sondern ihr Fehlen. Wir haben in der heutigen Zeit nur ein falsches Bild von ihr“, schreibt der Wiener Aktivist Raul Jaubein.

Statt um eine demonstrative Ablehnung der Demokratie, wie sie bei der alten Rechten (Nazi-Nostalgikern, Monarchisten, Salonfaschisten, reaktionären Katholiken usw.) noch üblich war, geht es um eine Aneignung, Neubesetzung und Umdeutung des Begriffs, ohne den heute niemand mehr auskommt, der auf öffentlichen Foren als Diskussionspartner ernst genommen werden will.

Inhaltlich geht es diesen Gruppierungen um Abstimmungen gegen die EU, die Flüchtlingspolitik und den Bau von Moscheen bzw. den Islam.

Dennoch wäre es zu kurz gegriffen, die radikaldemokratische Rhetorik als bloße Taktik zur Durchsetzung konkreter Ziele zu bewerten, die auch anders erreicht werden könnten. Dahinter steckt mehr. Es geht um einen weitreichenden Umbau des gesamten politischen Gefüges zugunsten der Eliten. Die Forderung nach mehr direkter Partizipation ist Teil einer Strategie, die darauf zielt, das par-

DER AUTOR:

Thomas Wagner ist Kulturosoziologe und arbeitet als freier Journalist. Er ist Autor von „Demokratie als Mogelpackung. Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus“ sowie „Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument“. 2015 hat er im Gespräch mit Peter Huemer beim „Wiener Stadtgespräch“ sein neues Buch vorgestellt: „Robokratie. Google, das Silicon Valley und der Mensch als Auslaufmodell“.



lamentarische System mittels seiner wichtigsten Leitideen aus den Angeln zu heben: „Das Demokratieprinzip als tragender, aber unverwirklichter Wert der Verfassung muss zur Angriffswaffe umfunktioniert werden, weil die systemimmanenten Abwehrmechanismen dann nicht greifen. Gibt das System nach und lässt die Volksgesetzgebung zu, öffnet es damit nämlich weit das Tor zu seiner eigenen möglichen Veränderung und

„Es geht um einen
weitreichenden Umbau des
gesamten politischen Gefüges
zugunsten der Eliten.“

Abschaffung durch das Volk“, erläutert Klaus Kunze, ein früherer Autor der deutschen Rechtspostille „Junge-Freiheit“ das politische Kalkül. Und das richtet sich gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit.



Die Beispiele Schweiz und Kalifornien zeigen, dass direkte Demokratie im Kapitalismus die Interessen der großen Eigentümer tendenziell begünstigt.

Direkte Demokratie als Waffe

Das Rezept lautet: Schwächt die Parteien und die Kapitaleigner werden strukturell gestärkt. Die direktdemokratische Rhetorik soll dabei helfen, politische Zustände herbeizuführen, in denen „das Volk“ oder „die Bürger“, das heißt, eine Masse vereinzelter, voneinander isolierter Individuen, in einem möglichst direkten, unmittelbaren Verhältnis zu seinen direkt gewählten politischen „Führern“ steht. Es geht darum, den Einfluss linker Parteien, Gewerkschaften und Organisationen einzuschränken zugunsten von direktdemokratisch legitimierten Politikern, die dann autokratisch regieren können sollen. Für Österreich schlug Jörg Haider deshalb vor: „An der Spitze steht

eine direkt gewählte Persönlichkeit, die die Aufgaben von Bundespräsident und Bundeskanzler im Wesentlichen in sich vereint.“

Zirka ein Fünftel bis ein Viertel aller Volksbegehren in den USA betreffen die Einnahmen und Ausgaben des Staates. Dabei sind insbesondere Maßnahmen beliebt, die Steuern und Staatsausgaben begrenzen. Während sich Lohnabhängige zu starken Organisationen zusammenschließen müssen, um sich gegen private Konzerne zu behaupten, verfügen diese über gewaltige Geldmittel. Die bisherigen Erfahrungen mit neuen Formen der Partizipation zeigen, dass die Interessen sozial benachteiligter Gruppen in ihnen noch weniger zum Zuge kommen, als im

viel gescholtenen Parteienstaat.

Die Forderung nach unmittelbarer Volksherrschaft ist Teil einer Strategie, mit der die FPÖ eine in ihren Augen noch viel zu sehr von sozialen Interessen bestimmte politische Landschaft aufmischen will. Eine wirklich demokratische Politik richtet sich an der Seite der abhängig Beschäftigten, kleinen Selbstständigen sowie der sozial Benachteiligten gegen das Kapital.

Ob für den notwendigen Klassenkampf von unten im Rahmen der EU oder im Rahmen der Nationalstaaten die besseren Bedingungen vorliegen, ist übrigens keine ideologische, sondern eine empirische Frage.



LAWOG

„Dafür-Wir“ meistert Zukunft

Der Rechtspopulismus hetzt seine negative Emotionsmaschine ständig auf tatsächliche oder vermeintliche Missstände der Gesellschaft. Diese wechselhafte Anti-Haltung ermöglicht seine immer wieder aufladbare Aufregtheit.

MICHAEL ROSECKER

Das Jahr 1986 rüttelte mit zwei politischen Entscheidungen an den Grundfesten der Zweiten Republik. Zunächst wurde Kurt Waldheim Bundespräsident. Das zwang Österreich schmerzhaft, sich mit seiner Rolle im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Etwas später wurde Jörg Haider Obmann der FPÖ und begann den Rechtspopulismus als Bestandteil der Politik in Österreich zu etablieren. Was damals überheblich oft als österreichische Eigenheit interpretiert wurde, treibt heute die traditionellen politischen Institutionen europaweit vor sich her.

Das emotionalisierte Negative

Wer dem Rechtspopulismus eine „große“ politische Idee unterstellen möchte, könnte die diffuse Idee des emotionalisierten Negativen nennen. Er ist zunächst „negativ“ – antifeministisch, antiegalitaristisch, antihumanistisch, antiintellektuell und betreibt „Antipolitik“. Hauptsache dagegen sein, ist die Devise. Er ist außerdem „diffus“. Dies lässt ihn immer neue (auch widersprüchliche) Ziele für die zunächst ziellose Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung finden. Seien es das „korrupte System“ plus Eliten und/oder Minderheiten aller Art, alles ist im Dagegen-Sein variabel und kombinierbar. Beides macht ihn im Kern unvollständig und unterbestimmt – in ihm schlägt „ein leeres Herz“ (Paul Taggart).

Wie ein ständig veränderbarer USB-Hub bietet er vielen Menschen eine individuelle Anschlussmöglichkeit – auch diese anpassbar an veränderte gesellschaftliche Gegebenheiten, zeitabhängige Befindlichkeiten und/oder regionale Besonderheiten. Wenn er in ständiger Anpassung dann noch willkürlich beginnt, verschiedene Gruppen zu differenzieren und gegeneinander auszuspielen, zeigt er endgültig seine chamäleonartige Natur.

Eine Krücke der Vereinfachung

Dem nicht genug, es gelingt dem Rechtspopulismus über diese Anschlussmöglichkeiten vielen ein Anschlusslebens zu verschaffen. Und hier setzt auch gewissermaßen seine Innovation an, die ihn gerade heute im Gegensatz zu Haider's Zeiten stabil erfolgreich macht:

Dieses „Dagegen-Wir“ trifft heute auf eine Gegenwart, in der traditionelle Milieubindungen sich aufgelöst und hergebrachte Institutionen ihre Orientierungssicherheit eingebüßt haben.

„Negative Solidarität wird erzeugt, ein „Dagegen-Wir“.“

Genau hier tritt das populistische Chamäleon auf den Plan und verspricht Komplexitätsreduktion, Selbstwertstei-

DER AUTOR:

Mag. Dr. Michael Rosecker ist Bereichsleiter für politische Aus- und Weiterbildung und Grundlagenarbeit im Renner Institut sowie wissenschaftlicher Leiter des Karl-Renner-Museums.



gerung und Tilgung des Heterogenen. Diese Krücke gibt den von Pluralismus, Individualisierung und Flexibilität Überforderten und Entwerteten Orientierung. Kurz: phantasierte Klarheit, Einfachheit und Selbstverständlichkeit.

Gelingt es der Sozialdemokratie, dem „leeren Herz“ eine Politik gegenüberzustellen, in der – frei mit Victor Adlers Worten – das „Hirn klar denkt“ und das „Herz energisch will“? Darauf kann ein neues „Dafür-Wir“ aufbauen und die Zukunft meistern.



Der Rechtspopulismus agiert wie ein Chamäleon und gibt sich im Dagegen-Sein immer wieder anschlussfähig für Unzufriedene.

Machterhalt im Vordergrund

Seit die schwarz-blaue Landeskoalition im Amt ist, wird alles andere als Politik für den vielzitierten „kleinen Mann“ gemacht. Die getroffenen Beschlüsse sind sozial ungerecht und nicht nachhaltig.

CHRISTIAN MAKOR

In der Juni-Landtagssitzung hat sich Schwarz-Blau einmal mehr als Kürzungskoalition erwiesen. Im Schatten des gewohnten blauen Populismus hat sich die ÖVP Oberösterreich gänzlich von der christlichen Soziallehre verabschiedet. Mit der Mindestsicherungskürzung für Flüchtlinge auf 520 Euro wurden in Oberösterreich Menschen zweiter Klasse geschaffen. Wobei jeder weiß – auch ÖVP-Politiker wie Christoph Leitl, dass man von diesem Betrag nicht leben kann. Es steht im Raum, dass diese – dem Populismus geschuldete Regelung – bald auch für alle Mindestsicherungsbezieher gelten könnte. Mag sein, dass der ÖVP-Kurswechsel weg von einer christlich-sozialen Linie hin zu einer populistischen Rechtsausleger-Linie von allen ÖVP-WählerInnen wirklich mitgetragen wird. Es gibt dennoch einige Beispiele, wo Schwarz-Blau ebenfalls auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und des Mittelstandes eingegriffen hat.

Kürzung Bildungskonto

Trotz Rekordarbeitslosigkeit senkte LH-Stv. Thomas Stelzer von der ÖVP mit

Unterstützung der FPÖ beim Bildungskonto die Förderquoten. Besonders hart trifft es ungelernete Kräfte, die aus der Sonderförderung herausfallen und statt

„Gegen das drängendste Problem der Arbeitslosigkeit wurde bislang nichts unternommen.“

wie bisher 70 Prozent nur mehr 40 Prozent Kursförderung erhalten. Das sind beispielsweise Menschen die den Stapler- oder Kranführerschein erwerben wollen, um ihre Arbeitsmarktchancen zu verbessern.

Kürzung Solarförderung

Anfangs plante LH-Stv. Manfred Haimbuchner von der FPÖ die Energiespar-Förderung bereits mit 30. Juni 2016 auslaufen zu lassen. Nach großem medialen Aufschrei, Initiativen der SPÖ und dem Druck der Wirtschaft wurde das Aus

DER AUTOR:

Christian Makor ist Klubvorsitzender der SPÖ-Oberösterreich und Landtagsabgeordneter.



der Förderung für Solarthermie, Wärmepumpen und Fernwärme auf 30. April 2017 verschoben. Dennoch drohten die Wiederkehr umweltschädlicher Heizformen und damit eine noch längerfristige Abhängigkeit vom Erdöl.

Schwächung des Umweltschutzes

Auf Zuruf der Wirtschaftskammer wurden ohne Begutachtungsmöglichkeiten die Rechte des Umweltschutzes im Bauverfahren massiv beschnitten. Das Betreten betroffener Grundstücke ist ihm ohne weiteres nicht mehr möglich. Die Revisionsmöglichkeit von Entscheidungen des Landesverwaltungsgerichtes beim Verwaltungsgerichtshof wurde abgeschafft.

BILDUNGSPROGRAMM
2016/2017

SPÖ RennerInstitut
Oberösterreich

DAS NEUE BILDUNGSPROGRAMM 2016/17 IST DA!

Seminare zu Inhalten, Methoden und Persönlichkeit!
Bestellbar unter alexandra.kneidinger@spoe.at
oder **05-77 26 11-16**.

RennerInstitut
Oberösterreich

Die netten Rechtsextremen von nebenan

Die „Identitäre Bewegung“ hat sich in den letzten Jahren und Monaten ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit erarbeitet. In diesem Artikel betrachten wir die Hintergründe, ihre Strategien und Ideologie.

NATASCHA STROBL UND JULIAN BRUNS

Die Identitären gehören einem Spektrum des Rechtsextremismus an, dem es nicht vorrangig um Parteiengründung und Wahlerfolge geht. Das Ziel der „Neuen Rechten“, deren Anfänge im Frankreich der 50er und 60er liegen, ist vielmehr eine „Kulturrevolution von rechts“ und die Erlangung der gesellschaftlichen Hegemonie. Um das zu erreichen versuchen sie, das Feld des öffentlichen Diskurses immer weiter nach rechts zu verschieben, also das Denken der Allgemeinheit zu prägen.

„Die ‚Neue Rechte‘ hat nichts mit dem Klischeebild der Globalisierungsverlierer gemein.“

Die „Neue Rechte“ hat nichts mit dem Klischeebild der Globalisierungsverlierer gemein. Vielmehr ist sie ein Überlappungsspektrum zwischen staatstragenden bürgerlichen Kreisen und dem offenen Rechtsextremismus. Die AkteurInnen berufen sich nicht direkt auf den Nationalsozialismus, sondern auf die



Betont höflich auftretend haben Identitäre in allen Medien immer wieder die gewünschte Bühne für ihre menschenverachtende Ideologie.

sogenannte „Konservative Revolution“, einen Intellektuellenzirkel der 20er und 30er Jahre. Prominente Protagonisten der „Konservativen Revolution“ sind etwa Carl Schmitt, Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck, Oswald Spengler oder Ernst Jünger. Statt der Agitation auf der Straße suchten sie Möglichkeiten, die Republik und den Parlamentarismus intellektuell zu delegitimieren. Sie haben die Demokratie „zerschrieben“.

Genau das nimmt sich die „Neue Rechte“ zum Vorbild und organisiert sich in Zeitschriften, Think Tanks und rund um Blogs. Das Zentralorgan ist die Zeitschrift Sezession sowie der Think Tank „Institut für Staatspolitik“, deren zentrale Figur jeweils der Verleger Götz Kubitschek ist. Ideologisch gibt es eine rechtsextreme Bandbreite von hart neoliberal (etwa eigentümlich. frei) bis putintreu (z.B. das Compact Magazin). Hier gibt es nur partiell Neuerungen, etwa, dass statt dem biologistischen Rassismus der „Ethnopluralismus“ bemüht und von „Kulturen“ gesprochen wird.

Aktionismus statt Theorie

Die Identitären sind in diesem Spektrum die jüngste Generation. Sie tragen die Ideologie und das Ziel der „Neuen Rechten“ auf die Straße. Aktionismus und die damit verbundene Medienarbeit ist ihr hervorstechendes Merkmal. Wichtig ist ihnen dabei die Verbreitung über die sozialen Medien, zum Beispiel Facebook. Das zeigt sich etwa bei Aktionen wie der Besetzung des Dachs der Grünen in Graz oder die Stürmung des Theaterstücks „Die Schutzbefohlenen“ von Elfriede Jelinek im Wiener Audimax.

Höfliche Fassade

Ihren Ursprung haben die Identitären wiederum in Frankreich, von wo sie sich seit 2012 über ganz Europa ausbrei-

DIE AUTORINNEN:

Natascha Strobl

ist Politikwissenschaftlerin und Aktivistin bei „Offensive gegen Rechts“.



Julian Bruns dissertiert an der Universität Köln zum Thema „Faschistische Literatur in Nordeuropa von 1918 bis 1940“ und ist aktiver Antifaschist.



Gemeinsam mit Kathrin Glösel haben sie die Bücher „Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa“ (Unrast 2014, 2. Auflage 2016) und „Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?“ (VSA 2015) geschrieben.

ten – immer mit einer Corporate Identity (schwarz-gelb, Schriftart, Lambda-Symbol). Neben Frankreich zählt die österreichische Gruppe zu einer der erfolgreichsten in Europa. Besonders ihr Umgang mit den Medien stellt JournalistInnen immer wieder vor Probleme und lässt sie auf die Rechtsextremen hereinfallen. Denn diese suchen die Öffentlichkeit, treten mit Klarnamen und ausgesprochen höflich auf. So bekommen sie immer wieder Raum, um ihre menschenverachtende Ideologie auszubreiten. Dass die Höflichkeit nur Fassade ist, zeigt sich zum Beispiel an einem Angriff mit Schlagstöcken auf AntifaschistInnen in Graz. Es wird weiter notwendig sein, diesen Entwicklungen auf allen Ebenen entgegenzutreten.

Die Rechten marschieren im Netz

Wer sich wundert, dass der österreichische Bundeskanzler in sozialen Medien mit einer „schnellen Kugel“ bedroht wird, hat die mediale Entwicklung der vergangenen 25 Jahre scheinbar wenig beobachtet. Der Rechtsextremismus hat sich längst im „Mitmach-Web“ eingenistet.

CHRISTIAN GRUBER

Rechtsextremes mediales Wirken gab es aber auch schon vor dem Internet. Genauer gesagt, es war seit dem Entstehen im 19. Jahrhundert immer da, nur die Formen haben sich im Laufe der Zeit gewandelt. Propaganda war eine wichtige Waffe des NS-Regimes. Via Presse, Radio und Film bis hin zu Massenaufmärschen wurde die Botschaft ins „Gehirn der Masse“ gebracht. Mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches verlegte sich nationalsozialistisches und rechtsextremes Medienschaffen in den Untergrund oder das Ausland. Publikationen wurden geschmuggelt und/oder unter dem Ladentisch gehandelt. Breitenwirkung war diesen Formen kaum beschieden.

Braunes Internet

Schon in den 1980er Jahren wurde das Medium Internet für braune Zwecke benutzt. Bereits vor Entstehen des „world wide web“ 1991, gab es ein rechtsextremes Netzwerk aus Mail-Boxen, den BBS (Bulletin Board Systems). Damit wurden Veranstaltungen angekündigt, interne Nachrichten versandt, sowie verbotenes Schriftmaterial getauscht. Durch das „www“ wurde einerseits die Publikation erleichtert, es konnten Bilder und Töne eingebunden werden, und andererseits ein Zusammenschluss von

österreichischen, deutschen und Schweizer Rechtsextremen auf dieser Ebene ermöglicht. Server in den USA boten indiziertes Material an, Foren wie „Napster“ wurden zum Tausch rechtsextremer Musik genutzt und auf Diskussionsforen gab es die Möglichkeit des Gedankenaustausches.

Gezielte Falschmeldungen

Das Web 2.0, das „Mitmach-Web“, bietet Rechtsextremen heute soziale Medien wie Facebook, Twitter, YouTube, aber auch Open-source-Baukästen für Online-Medienauftritte wie zum Beispiel die Blogsoftware WordPress, an. Neonazistische und rechtsextreme Gruppierungen nutzen diese Werkzeuge, um authentisch wirkende, professionellen Nachrichten Anbietern ähnelnde, Meldungen zu erzeugen und „unters Volk“ zu bringen. Meldungen von „geplünderten Supermärkten“, „belästigten/vergewaltigten Mädchen in Schwimmbädern“ werden gestreut. „Praktikanten“ in „sich um die Heimat sorgenden“ Parteien teilen diese Meldungen in den sozialen Medien. Das Posting wird zwar später wieder entfernt, aber damit ist der „Schneeball“ schon ins Rollen gebracht worden. Es ist nicht mehr aus dem Netz zu schaffen und fördert Panik und Hass unter der Bevölkerung. Die Meldung selbst ent-

DER AUTOR:

Mag. Hans-Christian Gruber lehrt an der Universität Salzburg. Sein Forschungsschwerpunkt ist der Rechtsextremismus und Neonazismus im

Internet seit 1997. Gruber blickt auf eine langjährige Tätigkeit als Journalist im Radio- und Printbereich zurück.



puppt sich bei der Recherche als falsch. Also ein klassischer „Hoax“ (IT-Jargon für gezielte Falschmeldung)!

„Der hetzerische Diskurs ist nicht neu.“

Seit einigen Jahren sind Bands und Kleidung in Mode, die mit Versatzstücken der NS-Szene spielen. In der Folge vertrieben Szenenmitglieder diese Materialien via Internet mit finanziellem Erfolg selbst. Der hetzerische Diskurs ist ebenfalls nicht neu. Neu ist nur, dass er gelesen, geteilt und „ge-liked“ werden kann und sich Leute mit ihrem Namen dazu bekennen.

VERANSTALTUNGS-TIPP

Ganz rechts im Netz,

Samstag, 1. Oktober 2016,

9.00 – 18.00 Uhr, Linz.

Dieses Seminar zeigt auf, wie Strategien und Wege gefunden werden können, das „neue“ Medium Internet aktiv zu nutzen und Hasspostern, Demagogen und „Internet-Trollen“ entschieden entgegenzutreten.

Referent: Mag. Hans-Christian Gruber.

Anmeldung an:

alexandra.kneidinger@spoe.at



Die Rechtsextremen marschieren schon längst im Internet.

Renner Institut OÖ

SPÖ Sommer-Info zu Rechtspopulismus

Großes Interesse herrschte bei der SPÖ Sommer-Info zum Thema „Rechtspopulismus in Europa“, über das Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger Mitte Juli referierte.

Dobesberger warf einen Blick auf die Gemeinsamkeiten der rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien und Vereinigungen in Europa. Allen zu eigen sind: Eine tief sitzende Verachtung gegenüber dem Establishment oder den Eliten, die Ablehnung der Europäischen Union sowie die Forderung, die nationalen Sozialsysteme gegenüber MigrantInnen, Flüchtlingen sowie ‚Arbeitsunwilligen‘ abzuschotten. Gewählt werden die rechten Parteien u. a. von Menschen mit vorwiegend nied-



rigem Bildungsniveau, die sorgenvoll und ängstlich in ihre Zukunft blicken. Anzumerken ist hier allerdings, dass die Wahlbeteiligung von Geringverdienenden sukzessive nachlässt.

Bernd Dobesberger ging auch auf die Ursachen von Radikalisierung und die möglichen Wege, wie wir aus der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft wieder herauskommen können, ein. Die Unterlagen zu den SPÖ-Info-Veranstaltungen können auf der Homepage des Renner Institutes www.renner-institut.spoe.at nachgelesen werden.

Renner Institut OÖ

Workshop für den Neuanfang

Der Verlust der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters bei der Direktwahl versetzt die betroffene Fraktion in eine völlig neue Situation. Neben dem Schock und der Trauer, die verarbeitet werden müssen, geht es auch darum, wie man sich in der neuen Lage zu recht findet. Die Strategien für die Arbeit auf der kommunalen Ebene müssen überdacht und situativ adaptiert werden. Möglicherweise ist auch die totale „Neuerfindung“ der



eigenen Organisation sinnvoll. Der Politikberater Achim Möller gab beim Workshop im August wertvolle Handreichungen, wie Kommunalpolitik auch ohne BürgermeisterIn sinnstiftend und erfolgreich sein kann.

SPÖ Bezirk Rohrbach

Neue Bildungsvorsitzende des Bezirks Rohrbach



Adelheid Huemer, Niederwaldkirchen.

Als neue Bildungsvorsitzende des Bezirks Rohrbach möchte ich mich kurz vorstellen.

Ich bin Lehrerin und unterrichte seit 20 Jahren in der Musikhauptschule Neufelden, nun NMS Neufelden. Mein Beruf spiegelt sich auch in meinen Hobbies wieder. Als Geschichte und Politische Bildung Unterrichtende interessiere ich mich sehr für diesen Bereich und habe nebenberuflich ein Studium in Krems für Politische Bildung absolviert. Lesen von Fachliteratur sowie von moderner Literatur, die Arbeit im Gemeinderat und im sozialdemokratischen Lehrerverein gehören wegen der Zeitintensität wohl auch zu den Hobbies. Zur Entspannung sind meine Familie, mein Garten und die Bewegung in der Natur ein guter Ausgleich.

terrichtende interessiere ich mich sehr für diesen Bereich und habe nebenberuflich ein Studium in Krems für Politische Bildung absolviert. Lesen von Fachliteratur sowie von moderner Literatur, die Arbeit im Gemeinderat und im sozialdemokratischen Lehrerverein gehören wegen der Zeitintensität wohl auch zu den Hobbies. Zur Entspannung sind meine Familie, mein Garten und die Bewegung in der Natur ein guter Ausgleich.

SPÖ Bezirk Linz-Land

Bezirksparteischule der SPÖ Linz-Land

Seit Mai läuft im Bezirk Linz-Land eine sechs Module umfassende Bezirksparteischule. Die 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich bis zum Frühjahr 2017 verschiedene Kompetenzen und Fähigkeiten aneignen, die Grundlage sein werden für ein aktives politisches Engagement vor Ort. Die Themen umfassen die Geschichte der Sozialdemokratie, die Grundwerte und das Parteiprogramm der SPÖ, Rhetorik, Moderation und Präsentation sowie Öffentlichkeitsarbeit. In einem „freien Modul“ können die TeilnehmerInnen selber ein Thema bestimmen. Ergänzt wird der Lehrgang durch Kamingsgespräche mit Abgeordneten sowie dem gemeinsamen Besuch von Landtags- und Nationalratssitzungen.





Renner Institut Bund

Tief betroffen trauern wir um unseren Renner Institut-Direktor Karl A. Duffek

„Mit Karl A. Duffek verlieren wir nicht nur einen hervorragenden Direktor, sondern auch einen langjährigen persönlichen Freund. Sein Tod nach kurzer schwerer Krankheit erschüttert uns und das gesamte Team zutiefst“, so der Präsident des Karl-Renner-Instituts Alfred Gusenbauer und die stv. Direktorin Barbara Rosenberg. „In fast drei Jahrzehnten intensivster Arbeit hat er das Institut geprägt und die Sozialdemokratie mit seinen beeindruckenden Talenten weiterentwickelt.“

Karl A. Duffek wurde 1962 geboren, er studierte Politik- und Sozialwissenschaft, Germanistik und Anglistik an den Universitäten Wien und Hagen und war Mitarbeiter des VSStÖ. Ab 1988 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Karl-Renner-Instituts und ab 1992 dessen stellvertretender Direktor, bevor er schließlich 1999 zum Direktor ernannt wurde.

Als Vordenker der Sozialdemokratie war Karl A. Duffek unter anderem maßgeblich an der Entwicklung des Grundsatz-

programms der SPÖ von 1998 beteiligt. Von 1998 bis 2001 war er außerdem Bundesbildungssekretär der SPÖ.

Ein Herzensanliegen war ihm stets die internationale Politik und Kooperation. So war er bis zuletzt auch internationaler Sekretär der SPÖ und Vizepräsident der Foundation for European Progressive Studies (FEPS), des Think-Tanks der europäischen Sozialdemokratie.

Karl A. Duffek stand auch der oberösterreichischen Landesstelle des Renner Institutes und der SPÖ Bildungsorganisation OÖ freundschaftlich nahe. Im Bildungskurier vom Juni 2016 machte er sich noch Gedanken zur Lage der europäischen Sozialdemokratie. „Karl Duffek war für uns ein kluger und verlässlicher Ratgeber und ein inspirierender Gesprächspartner. Er wird der österreichischen Sozialdemokratie als inhaltliche und programmatische Stütze fehlen. Uns fehlt er als Freund“, trauern RI-Landesstellenleiterin Annemarie Obermüller und Bildungsvorsitzender Bernd Dobsesberger um Karl Duffek.

SPÖ Landesfrauenorganisation OÖ

Frauenpolitik neu denken! Einladung zur Auftakt- veranstaltung!

Vernetzung in der politischen Arbeit ist wichtig und unerlässlich - gut vernetzte PolitikerInnen sind besser informiert und besser unterstützt. Die SPÖ Frauen, der GVV OÖ und das Renner Institut OÖ wollen speziell für Frauen, die vor Ort in den Gemeinden tätig sind, eine Plattform für den gemeindeübergreifenden Austausch bieten.

Am Samstag, **8. Oktober 2016 von 10 Uhr bis 12 Uhr** findet daher als Auftakt für die Vernetzungsinitiative im Central Linz die gemeinsame Veranstaltung „Frauenpolitik neu denken!“



statt, zu der engagierte Frauen in den Gemeinden herzlich eingeladen sind! Ein detailliertes Programm und alle Details zur Anmeldung auf <https://frauen.spooe.at/> oder unter frauen-ooe@spoe.at.

Sozialistische Jugend OÖ

SJ OÖ „Fight Club“ - Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen

Seit mehreren Jahren bietet die SJ OÖ bereits Selbstverteidigungskurse an. Heuer haben vier weitere Trainerinnen ihre Ausbildung abgeschlossen. Mit den Kursen will die SJ den Teilnehmerinnen grundlegende Basistechniken der Selbstverteidigung vermitteln. Im Vordergrund stehen das Erlernen eines selbstbewussten Auftretens, Strategien um Gewaltsituationen



zu vermeiden, Hilfestellungen für Notsituationen und die Auseinandersetzung damit, dass jede Person ihre eigenen Grenzen definieren darf und diese nicht verletzt werden dürfen.

Du willst einen Kurs in deinem Ort, deinem Freundeskreis, deiner Schule oder deiner Arbeit veranstalten? Dann melde dich einfach unter: 0732 772634 oder office@sj-ooe.at.

Marie Jahoda – Otto Bauer Institut

Irrweg Kürzungspolitik

Die Stimmen für eine striktere Kürzungspolitik in Europa verstummen nicht. Trotz klar ersichtlichen negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen, halten neoliberale PolitikerInnen an den Kürzungsmaßnahmen fest.



Das Ziel

Die Reduktion der Staatsschulden ist vermeintliches Hauptziel der Austeritätspolitik. Denn für BefürworterInnen der Theorie sind Staatsschulden Auslöser und Wurzel allen Übels. Diese sollen durch radikale Kürzungen staatlicher Ausgaben vermindert werden, um die Krise zu lösen. Dahinter verbirgt sich die neoliberale Ideologie des uneingeschränkten Marktes.

Der Fehler

Die Annahme, Staatsschulden wären Auslöser und nicht Folge der Krise ist falsch. Grundlage für die Krise sind nicht die staatliche Ausgaben und Investitionen sondern die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung, deregulierte Finanzmärkte und die Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften in Europa. Erst das führte zur breiten Verschuldung und Blasenbildung auf den Finanzmärkten.

Die Praxis

Täglich merken wir die Folgen der Austeritätspolitik: steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Haushaltsbudgets, niedrige Löhne, gekürzte Sozialleistungen. Die so entstehende Rezession, schwächt Beschäftigung und Konsum, sorgt für geringere Steuereinnahmen und steigende Staatsschulden. Kurzum: die Kürzungspolitik verschärft die Probleme anstatt sie zu lösen.

**Die Praxis der Austeritätspolitik:
steigende Staatsausgaben, nicht sinkende.**

www.frauen.spoe.at

VERLIEBT, VERLOBT, VERHEIRATET...

GESPRÄCH MIT DR.^{IN} HELENE KLAAR

Donnerstag, 29. September 2016, 19 Uhr
AK Perg, Hinterbachweg 3, 4320 Perg



**„Besser eine Ehe ohne Liebe
als eine Scheidung ohne Geld.“**

Dr. in Helene Klaar

Dr. in Helene Klaar ist eine über die Landesgrenzen hinaus bekannte Wiener Scheidungsanwältin.

Wir sprechen mit ihr über Vor- und Nachteile von Ehe und Eheverträgen, Unterhaltspflichten und warum eine Scheidung für Männer ein finanzielles und Frauen oft ein existenzielles Problem darstellt.

Anmeldung bitte bis 26. September 2016 unter:
05 772625 00 oder claudia.hofstaetter@spoe.at



SPÖ Frauen
Oberösterreich
& Bezirk Perg

